

Bei der Gedenkveranstaltung am Loibacher Feld/ Libuško polje am 12. Mai wurde der Geschehnisse in Bleiburg/ Pliberk kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges gedacht.

Gericht bestätigte U-Haft

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovinci/meldungen, vom 5. 6. 2018)

Nach dem umstrittenen Kroaten-Treffen in Bleiburg/ Pliberk sind nun alle sechs Anklagen rechtskräftig. Das gab Eva Jost-Draxl, Sprecherin des Landesgerichts in Klagenfurt/ Celovec am Montag bekannt. Die sechs Kroaten bleiben vorerst alle in Untersuchungshaft. Einer von ihnen hatte mit einem Enthaltungsantrag keinen Erfolg.

Auch Prozesstermin wurde fixiert

„In der heute stattgehabten Haftverhandlung wurde die U-Haft verlängert“, sagte Jost-Draxl nach der Verhandlung am Montag. Zwei weitere der sechs Beschuldigten versuchen mittlerweile ebenfalls, mittels Enthaltungsanträgen freizukommen. Mittlerweile wurden vom Gericht auch schon Prozesstermine fixiert. Der erste der sechs Angeklagten muss sich am 19. Juni vor einem Geschworenensenat nach dem Verbotsgesetz verantworten. Dann sind zwei Kroaten - einer von ihnen ein Politiker - am 29. Juni dran, und ein vierter muss am 4. Juli vor Gericht.

Die Kroaten waren direkt bei der Veranstaltung festgenommen worden, fünf von ihnen wird vorgeworfen, den Hitlergruß gezeigt zu haben, ein weiterer trug eine SS-Totenkopf-Abbildung.

Umstrittenes Treffen

Bei der Gedenkveranstaltung am Loibacher Feld/ Libuško polje am 12. Mai wurde der Geschehnisse in Bleiburg/ Pliberk kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges gedacht. Rund 40.000 geflüchtete Soldaten des NDH, Ustaša und reguläre Armee (Hrvatsko domobranstvo), die aufseiten Nazideutschlands gekämpft hatten, wurden in Bleiburg/ Pliberk mit ihren Familienangehörigen von der britischen Besatzungsmacht an die kommunistischen Tito-Einheiten ausgeliefert. Tausende wurden an Ort und Stelle oder auf dem Rückmarsch nach Jugoslawien ermordet.

Das Treffen steht seit Jahren in der Kritik, weil es sich mehr und mehr zum Treffpunkt von Rechtsextremen entwickelt hat, die bei dieser Gelegenheit auch das faschistische Ustaša-Regime in Kroatien verherrlichen.